

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 55 (1976)
Heft: 3

Artikel: Niedersachsen, ein Wechsel ohne Not
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339147>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Niedersachsen, ein Wechsel ohne Not

Im Lande Niedersachsen hatte die SPD die Mehrheit verloren. Wie auch anderwärts tröstete sie sich damit, dass die Koalition mit der liberalen FDP immerhin eine regierungsfähige Mehrheit von . . . einer Stimme im neuen Landtag ergebe. Gestützt auf diese Mehrheit meinte der sozialdemokratische Ministerpräsident Kubel zur Halbzeit der Legislaturperiode, es sei des Regierens genug für ihn. Er trat zurück. Programmgemäss und in der Koalition vereinbart, sollte der bisherige Finanzminister Kasimier dieses Amt übernehmen. Niemand kam auf böse Gedanken. Es war ja alles vereinbart, und die eine Stimme Mehrheit war Garant, dass alles programmgemäss verlaufe.

Doch dem war nicht so. Von den sozialliberalen Abgeordneten stimmten zwei nicht mit. Die Mehrheit geriet in die Minderheit. Kasimier wurde nicht gewählt. Lähmendes Entsetzen befiel die Koalition, die sich Rechenschaft abzulegen versuchte. Beide Fraktionen, die FDP und die SPD berieten und stimmten ab. Einstimmig – diesmal in offener Abstimmung – bestätigten sie Kasimier als Kandidaten für eine alsbald angesetzte neue Abstimmung. Bei diesem zweiten Versuch, die Koalition in der Macht zu halten, gab es nicht nur zwei Enthaltungen, sondern sogar eine Stimme mehr für den Kandidaten der CDU, Dr. Albrecht, eine Stimme mehr als seine Fraktion zählte. So hatte Niedersachsen eine geschäftsführende sozial-liberale Regierung und einen christdemokratischen Ministerpräsidenten. Laut Verfassung hatte dieser Ministerpräsident nun einundzwanzig Tage Zeit, eine neue Regierung vorzustellen und, so die Verfassung, jeden Minister mit qualifizierter Mehrheit vom Landtag wählen zu lassen. Natürlich verliefen diese einundzwanzig Tage ohne Ergebnis. Der Plan des Dr. Albrecht, die FDP ohne weiteres zu einem Bündnis mit der CDU zu bewegen, liess sich angesichts des Widerstandes der Liberalen nicht verwirklichen. Währenddem ging das Rätselraten, wer die Dissidenten seien, weiter, ohne Ergebnis. Unbewegt bestätigten die beiden Fraktionen – immerzu einstimmig – ihre Haltung und «Treue» zur sozialliberalen Koalition, auch dann als Kasimier, von den beiden Abstimmungsniederlagen und den Zweifeln an den Genossen, die ihm in Fraktionssitzungen stets ihrer Stimme versicherten, auf eine dritte Kandidatur verzichtete. Die SPD präsentierte nun den Bundes-Wohnbauminister Ravens. Zwar kam Ravens nicht aus der Landespolitik, aber er war ein echter Sohn Niedersachsens und wohnte, abseits der Grossstädte in einem kleinen Dorf, in dem er sich sein Einfamilienhaus mit eigenen Händen gebaut hatte, kannte also Milieu und Politik im Lande. Auch er bekam von beiden Fraktionen in offener Abstimmung das Vertrauen ausgesprochen, und auch er unterlag, als nach den einundzwanzig Tagen erneut eine

Ministerpräsidentenwahl stattfand. Eine Enthaltung und zwei Stimmen mehr für den Christdemokraten Dr. Albrecht vereitelten die Wiederinbesitznahme der politischen Macht durch die sozial-liberale Koalition.

Mit Dr. Albrecht hatte die CDU einen Kandidaten für den Ministerpräsidenten bestimmt, der zweifellos Fähigkeiten besitzt. Ehedem Beamter der Europäischen Gemeinschaft zog man ihn von dort ab und verschaffte ihm einen wirtschaftsberatenden Posten in der Keksfabrik Bahlsen, die in Hannover fast die Rolle von Krupp in Essen spielt. Er sieht gut aus, spricht präzise und handelt überlegt. Er kandidierte – mit steigendem Erfolg – und bildet nun eine CDU-Regierung, die natürlich eine Minderheitsregierung ist. Eindeutig geht sein Ziel darauf aus, die FDP zu einer Koalition zu bewegen. Eine solche Regierung würde im Bundesrat, der nicht wie in Österreich gewählt wird, eine Mehrheit von 15 Stimmen – statt bislang einer Stimme – bringen und damit entscheidendes Gewicht in der Bundespolitik gewinnen. Vielleicht würde er sogar darauf eingehen, die Stimmen Niedersachsens für Enthaltung bei den Polenverträgen abgeben zu lassen. Wenn dann auch, wie vorauszusehen ist, das Saarland nicht gegen diese Verträge stimmt, würden diese vielumstrittenen Verträge¹ nicht am Bundesrat scheitern, aber dennoch in der öffentlichen Meinung als gegen die CDU durchgesetzt erscheinen. Bisher hat die niedersächsische FDP sich bereits von der sozial-liberalen Koalition freigeredet. Obwohl man bezüglich der Dissidenten in den geheimen Abstimmungen total im Dunklen tappt, ist es nicht von der Hand zu weisen, dass sie aus dem freidemokratischen Lager kommen. Obwohl manches die FDP mit der SPD verknüpft, so die kommende Ehegesetzreform und die Abtreibungsfrage, gibt es doch in den freidemokratischen Reihen zweifelsohne eine Strömung, die lieber mit der CDU als mit der SPD Politik treiben würde. Im letzten Landtagswahlkampf hat der Bundes-Wirtschaftsminister Friedrichs offen für die Möglichkeit einer Koalition mit der rheinland-pfälzischen CDU plädiert. Sie kam nicht zustande, weil die CDU stark genug war, um Koalitionshilfe nicht zu brauchen. Und der baden-württembergische FDP-Vorsitzende Bangemann musste sogar sein Ehrenamt als Bundes-Generalsekretär niederlegen, weil er in seinem Stammland ähnliche Tendenzen verfolgte. Zwar kann man annehmen, dass bundesweit in der Mehrheit die FDP mehrheitlich für eine Bindung an die SPD eintritt, aber in der Tendenz ist ein Revirement nicht ausgeschlossen, zumal wenn es auf einem Nebenkriegsschauplatz stattfindet und mit einem Ergebnis zugunsten der sozial-liberalen Bundespolitik begründet werden könnte.

¹ Im Saarland besteht seit den letzten Landtagswahlen Stimmengleichheit zwischen der CDU und der sozial-liberalen Koalition. Derzeit toleriert aber die christdemokratische Regierung Roeder in offensichtlicher Erwartung einer günstigen Stimmabgabe für die Polenverträge im Bundesrat.